

# Verfassungsfragen der gesetzlichen Exklusivlizenz der Deutschen Post AG

von

Prof. Dr. Thomas von Danwitz  
D.I.A.P. (ENA, Paris)

Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht  
Ruhr-Universität Bochum



Verlag C.H. Beck München 2002

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort. ....	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XI
Literaturverzeichnis. . . . .	XV
<b>A. Stand und Perspektiven der Liberalisierung des Postwesens . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Postneuordnung und Privatisierung . . . . .	1
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Neuordnung des Postwesens. . . . .	2
2. Die Regelungen des PostG vom 22.12.1997 . . . . .	4
II. Liberalisierung des Postwesens auf Gemeinschaftsebene . . . . .	5
1. Postdiensterrichtlinie. . . . .	5
2. Weitergehende Liberalisierungsperspektiven . . . . .	6
III. Verlängerung der gesetzlichen Exklusivlizenz . . . . .	7
IV. Fragestellung . . . . .	8
<b>B. Die Verfassungsordnung des Postwesens. . . . .</b>	<b>11</b>
I. Verfassungsrechtliche Ausgangslage . . . . .	12
1. „Neutralität“ der grundgesetzlichen Wirtschaftsordnung . . .	13
2. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers in der Wirtschafts- lenkung . . . . .	15
3. Offenheit der Staatsaufgaben. . . . .	17
II. Das Postwesen zwischen Staat und Privatwirtschaft. . . . .	18
1. Die überkommene Erbringung in staatlicher Leistungsver- waltung . . . . .	18
2. Die Grundgesetzänderung vom 30.8.1994. . . . .	20
a) Kompromisscharakter der Regelung . . . . .	21
b) Methodische Konsequenzen . . . . .	22
3. Staatliche Infrastrukturverantwortung und private Dienst- leistung . . . . .	25
a) Die Infrastrukturgewährleistung des Bundes. . . . .	26
aa) Das Wesen der Infrastrukturgewährleistung . . . . .	26
bb) Verpflichtungsintensität . . . . .	27
cc) Instrumente der Infrastrukturgewährleistung . . . . .	28
b) Die Erbringung privatwirtschaftlicher Dienstleistungen . .	29
aa) Immanente Begrenzungen . . . . .	30
bb) Besondere Bindungen öffentlicher Unternehmen. . . . .	31
c) Vorrang der Gewährleistungsverpflichtung. . . . .	32
aa) Infrastrukturgewährleistung als Staatsaufgabe . . . . .	33
bb) Regelungssystematik und Standort von Art. 87f GG .	34
4. Wettbewerbsordnung des Postwesens . . . . .	35
a) Gewährleistungsgehalt . . . . .	35

b)	Wettbewerbsverhältnisse im Postwesen . . . . .	38
aa)	Die Wettbewerbsöffnung auf dem deutschen Postmarkt . . . . .	39
bb)	Marktanteils- vs. Marktöffnungsbetrachtungen . . . . .	40
cc)	Marktanteilsentwicklungen und Liberalisierungserwartungen . . . . .	41
c)	Überlagerung durch Maßnahmen zur Infrastrukturgewährleistung . . . . .	43
d)	Ausschließliche Rechte und Wettbewerb im Postwesen . . . . .	44
aa)	Die Rechtfertigung von Exklusivrechten nach Art. 87f Abs. 1 GG . . . . .	45
bb)	Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung . . . . .	48
e)	Konsequenzen . . . . .	49
5.	Erforderlichkeit der Exklusivlizenz zur Infrastrukturgewährleistung . . . . .	50
a)	Das postgesetzliche „Modell“ der Universaldienstleistung . . . . .	50
b)	Der verfassungsrechtliche Rahmen der Erforderlichkeit . . . . .	53
aa)	Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Vorstellungen . . . . .	54
bb)	Umfang der gesetzlichen Exklusivlizenz . . . . .	56
c)	Elemente der Erforderlichkeit . . . . .	58
aa)	Die relevanten Faktoren . . . . .	58
bb)	Die europäische Vergleichsperspektive . . . . .	59
d)	Regelungskontext und Maßstab verfassungsrechtlicher Kontrolle . . . . .	60
aa)	Marktanteilsreservierung und Entgeltregulierung . . . . .	60
bb)	Verfassungsrechtlicher Kontrollmaßstab . . . . .	61
e)	Ergebnis . . . . .	62
III.	Verfassungsrechtliches Übergangsregime . . . . .	62
1.	Art. 143b Abs. 2 Satz 1 GG . . . . .	63
a)	Entstehungsgeschichtlicher Hintergrund . . . . .	64
b)	Ausübung durch das PostG vom 22.12.1997 und seine Verlängerung . . . . .	65
2.	Formelle Voraussetzungen der Inanspruchnahme . . . . .	66
a)	Durch Bundesgesetz . . . . .	66
b)	Keine Zustimmungsbedürftigkeit . . . . .	67
aa)	Zustimmungsbedürftigkeit auf Grund von Art. 87f Abs. 1 GG ? . . . . .	68
bb)	Zustimmungsbedürftigkeit gemäß Art. 143b Abs. 2 Satz 3 GG ? . . . . .	68
3.	Inanspruchnahme für eine Übergangszeit . . . . .	70
a)	Entstehungsgeschichtlicher und systematischer Befund . . . . .	71
aa)	Entwicklungsoffenheit . . . . .	71
bb)	Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers . . . . .	72
cc)	Häufigkeit der Inanspruchnahme . . . . .	73
b)	Ermessensdirektiven . . . . .	75
c)	Geltung verfassungsrechtlicher Anforderungen in der Zeit . . . . .	77

4. Materielle Voraussetzungen . . . . .	78
a) Infrastrukturelle Lasten . . . . .	79
b) Infrastruktursicherung auf dem europäischen Binnenmarkt . . . . .	80
IV. Grundrechtliche Abwehransprüche und gesetzliche Exklusivlizenz . . . . .	82
1. Verfassungsunmittelbare Freiheitsbeschränkung . . . . .	82
2. Verfassungsunmittelbare Grundrechtseinschränkung . . . . .	85
a) Schutzbereichsbeschränkung . . . . .	86
b) Eingriffsrechtfertigung . . . . .	87
c) Konsequenzen . . . . .	87
3. Grundrechtliche Eingriffsrechtfertigung . . . . .	88
a) Struktur der Prüfung . . . . .	89
aa) Allgemeines . . . . .	89
bb) Umfassende Einschätzungsprärogative . . . . .	90
b) Übereinand wichtige Gemeinwohlbelange . . . . .	92
c) Eingriffsrechtfertigung . . . . .	97
d) Ergebnis . . . . .	99
V. „Vertrauensschutz“ auf Beendigung der Exklusivlizenz zum 31.12.2002 . . . . .	100
1. Kein Vertrauensschutz für die Zukunft . . . . .	100
2. Kontinuitätsgewähr? . . . . .	101
3. Rechtfertigung . . . . .	103
VI. Prozessuale Folgerungen . . . . .	105
1. Konkrete Normenkontrolle gemäß Art. 100 Abs. 1 GG . . . . .	105
a) Vorlagevoraussetzungen . . . . .	105
aa) Entscheidungserheblichkeit . . . . .	105
bb) Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit . . . . .	106
b) Begründungsanforderungen an den Vorlagebeschluss . . . . .	107
2. Verfassungsbeschwerde . . . . .	107
a) Allgemeine Bedeutung . . . . .	108
b) Schwerer und unabwendbarer Nachteil . . . . .	109
c) Unzumutbarkeit . . . . .	110
<b>C. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse in Thesen . . . . .</b>	<b>111</b>
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>125</b>